

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Insertate: Die 4gespaltene Beitzelle 15 Pfennige.

Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Sprechstunden nur von 12—1 Uhr.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 29. Juni 1883.

Nr. 296.

Deutschland.

Berlin, 28. Juni. Das Gerücht von der Kolonisierung bedeutender Landstriche in Mexiko durch Deutsche, dessen wir schon früher erwähnt, erhält sich, wie die „Newy. Handels-Ztg.“ schreibt, mit großer Zähigkeit. Damals hieß es, Dr. Lindemann von Philadelphia sei vom Fürsten Biarmá beauftragt worden, Land in Mexiko anzukaufen, um Deutsche darauf ansiedeln zu können, und die deutsche Regierung stände hinter dem Projekt. Die neueste Version lautet etwas anders; der Agent des deutschen Reichslandlers soll jetzt Dr. Bedach, ebenfalls von Philadelphia sein; auch soll es sich nicht mehr um Unterhandlungen mit der Regierung von Mexiko oder den Gouverneuren von mexikanischen Staaten handeln, sondern das Ganze sich nur als ein Privatgeschäft in kolossalem Maßstabe darstellen. Bis jetzt sollen eine Million Acres gesichert sein, die aber nicht, wie früher behauptet, im Staate Zacatecas, sondern in den Staaten Nuevo Leon und San Luis Potosi liegen. Auf dieser ganzen ungeheuren Strecke stehen etwa 500 Häuser, die mit in den Kauf genommen werden sollen. Unterhandlungen scheitern wegen des Erwerbes weiterer neun Millionen Acres, von denen ein Theil an der Küste des Golfs von Mexiko liegt. Das Land wird als reich an Erzen, Kohlen und Nusspflanzen geschildert, so daß geeignete Kolonisten dort reichlich zu thun finden würden. Die Sache erscheint noch immer sehr problematisch. Die genannte Zeitung bemerkt: Will Fürst Biarmá es einmal versuchen, „Deutsch-Mexikaner“ neben die Millionen von Deutsch-Amerikanern zu stellen, so wünschen wir ihm den besten Erfolg. Der Republik Mexiko wird er dadurch ein wertvolles Bevölkerungselement zuführen, das er brauchen kann. Eine förmliche Abtretung von Land aber mit den Hoheitsrechten über dasselbe gehört zu den Unmöglichkeiten. Mexiko hat das Schwerk der Vereinigten Staaten schon einmal geführt und alle Schätze des Jukuhurmes reichen nicht aus, um unter diesen Breiten erfolgreich als Bundesgenosse Mexiko's aufzutreten.

— Aus Schlesien, 25. Juni, wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: Ein von der Gemeinde Goldberg zum Diakonus gewählter Pastor Dr. Kolatschke aus Groß Hildersdorf in Oesterreichisch-Schlesien ist vom Konfessionen nicht bestätigt worden, weil er eine geschiedene Frau zur Ehe genommen hat, was nach einer seit einigen Jahren geltenden Bestimmung für einen Geistlichen der preussischen Landeskirche unzulässig ist. Die wahlberechtigte Gemeindevertretung fand jedoch in der vor 12 Jahren in Oesterreich eingegangenen Ehe dieses Geistlichen mit einer Frau, die keinerlei Schuld an der Trennung ihrer ersten Ehe trifft und die sich überdies der allgemeinen Achtung in den geistlichen Kreisen der Nachbarschaft erfreut, keinen Grund des Anstoßes und beschloß einstimmig, die Beschwerde an den Oberkirchenrat

und als auch dieser die Bestätigung abgelehnt hatte, eine Immediatengabe an den Kaiser, die mit 500 Unterschriften abgelehnt ist. Auch Pastor Dr. Kolatschke hat beim Oberkirchenrat, wie bei dem Kaiser persönlich Schritte gethan, jedoch gleichfalls ohne Erfolg. Das Immediatgesuch ist abschlägig beschieden und die neue Ausschreibung des Diakonats angeordnet. Die weiblichen Mitglieder der Goldberg Gemeinde haben nun an die Frau Dr. Kolatschke, die in Goldberg bei ihrem Besuche sich gleichfalls allgemeine Sympathien gewonnen hat, eine Zuschrift gerichtet, in der sie dieselbe ihrer Hochachtung versichern. Nach einer Mitteilung des „Boten“ aus Goldberg hat Dr. Kolatschke am Beginn der Differenzen seine Kandidatur zurückziehen wollen, ist aber von der Kirchenvertretung selbst erlitten worden, seine Ansprüche bis zur letzten Entscheidung festzuhalten, weil dieselbe überzeugt war, daß man seitens der höchsten kirchlichen Behörde eine Anwendung der Bestimmung auf einen Ausländer nicht fordern werde. Die Wahl des Dr. Kolatschke in Goldberg war ihrer Zeit fast einstimmig erfolgt.

— Im Hinblick auf die von Egypten her drohende Cholera-Gefahr, die um so mehr in's Auge gefaßt werden muß, als die ununterbrochene Verbindung der ägyptischen Häfen mit Marseille und den italienischen Seehäfen besonders in Betracht kommt, erhält ein im „Temps“ vorliegender Artikel großes Interesse. Darin werden ein Vortrag und eine Denkschrift analysiert, die Hr. Fauvel vor einiger Zeit in der Académie des Sciences über „Les mesures défensives contre le choléra“ und über die Quarantäne in Suez gehalten beziehentlich eingereicht hat. Wir entnehmen diesem Artikel Folgendes:

Man muß, heißt es, die Wichtigkeit und die zu bestimmten Zeitpunkten eintretende Nothwendigkeit dieser Quarantäne deutlich hervorheben, besonders jetzt, wo das rothe Meer und der Isthmus von Panama den größten Handelsweg der Welt darstellen. Unzweifelhaft darf man diesen Weg nicht durch unnütze Hindernisse hemmen, man darf aber auch nicht vergessen, daß die Möglichkeiten einer Invasion der Cholera in Europa besonders vermehrt würden, falls man nicht den Entscheidungen der internationalen Sanitätskommission, die speziell im Hinblick auf diese Gefahr ins Leben gerufen worden ist, Achtung verschafft.

In der am 4. Juni d. J. von Herrn Fauvel eingereichten Denkschrift wird weiter der Nachweis geführt, daß die gegen die Einschleppung der Cholera angeordneten Maßregeln sich keineswegs als vergeblich erwiesen haben. Im Jahre 1882 haben bekanntlich indische Truppen an der ägyptischen Expedition der Engländer theilgenommen. „Es war um so mehr zu fürchten“, schreibt Herr Fauvel,

„daß diese Truppen die Cholera mitbrachten, als die englischen Behörden in Indien im Widerspruche mit den von uns gemachten Erfahrungen behaupteten, daß diese Einschleppung nicht zu besorgen wäre, wenn die Cholera da, wo sie sonst endemisch ist, nicht epidemisch aufträte.“ Die englische Regierung trug dieser Doktrin glücklicherweise keine Rechnung, vielmehr ertheilte sie Befehl, daß die strengsten prophylaktischen Maßregeln für die aus Indien nach Egypten gesandten Truppen zur Anwendung gelangten. Dank diesen Maßregeln erfolgte kein Cholerafall, und die englische Armee hatte von der Berührung mit der indischen Armee nichts zu leiden. Was ereignete sich nun einige Wochen nach dem Eintreffen der indischen Truppen in Egypten? Die Cholera brach auf einem Schiffe aus, welches von Bombay nach Aden gefahren war. Auf einer Insel des rothen Meeres wurde eine Quarantäne veranstaltet, und die Cholera wurde dabelst epidemisch; andere Schiffe, die von Bombay abgegangen waren, landeten ihre Passagiere in Djibouti; die Cholera brach dabelst in dem Augenblicke aus, wo Pilger angesammelt waren, um die Baka-Feste zu begehen. Man schrieb Quarantäne-Maßregeln für die auf dem Seewege nach Egypten zurückgekehrten Pilger vor: die Cholera verhielt sich ebenso rasch und Egypten wurde von Neuem vor der Seuche bewahrt. Herr Fauvel legt auf die drei folgenden Punkte großes Gewicht: 1) den Schutz im Allgemeinen, den die Eingeborenen in den indischen Häfen, wo die Cholera endemisch ist, genießen; 2) die relative Befreiung, die unter der Bevölkerung der Provinz Hedjas (türkische Provinz in Arabien) beobachtet worden ist, wenn die Cholera dabelst unter den Pilgern herrscht; 3) die Vorkehrungen und mehr oder minder vollständige Befreiung, die in jedem Lande auf eine Cholera-Epidemie an einem bestimmten Orte folgt. Hieraus folgt, daß eine schwere Cholera-Epidemie sich an demjenigen Orte nicht entwickeln kann, wo die Krankheit endemisch ist. Diese Thatsache hat eine große Wichtigkeit; Herr Fauvel deduziert die Befreiung der Eingeborenen im Allgemeinen an den Orten, wo die Cholera endemisch ist, aus der englischen Statistik. Diejenigen, welche an diesen Orten leben, werden gewissermaßen geschützt, aber der ansteckende Charakter äußert sich leicht bei den Fremden. Hat aber die Krankheit einmal ihren ursprünglichen Herd verlassen und sich anderwärts hin verbreitet, so nimmt sie sehr rasch den epidemischen Charakter an. Es scheint, als ob sie beim Einbringen in ein neues Gebiet sich mit größerer Leichtigkeit ausbreitet und schrecklichere Verwüstungen anrichtet. Dieses Gesetz ist vielleicht ein allgemeines. „Be uns“, bemerkt Herr Fauvel, „scheint das typische Fieber demselben Gesetze unterworfen zu sein. In Paris z. B., wo jenes endemisch ist, entgehen die eingeborenen Pariser im Allgemeinen der Krank-

heit, während die Fremden ihr hauptsächlich zum Opfer fallen.“

Die Thatsache der relativen Befreiung der Bewohner von Hedjas ist heute wohl festgestellt; die relative Befreiung, welche auf eine große Epidemie folgt, war bereits von Herrn Fauvel während des Krimkrieges und nach demselben angedeutet worden. Wie lange Zeit währt nun diese Befreiung? Es wäre sehr interessant, dies zu wissen. „In den außereuropäischen Ländern“, führt Fauvel aus, „wo die Bevölkerung weniger beweglich ist, in Indien z. B., kann man nach den englischen Dokumenten dieser Befreiung eine Dauer von sechs bis zehn Jahren bemessen, und zwar in denjenigen Theilen Indiens, wo die Cholera nicht endemisch ist. Als Konsequenz dieses Gesetzes kann man befürchten, daß Europa, welches seit 1873 von der Cholera befreit blieb, nun nicht mehr durch die in Betracht kommende Immunität geschützt ist; in noch höherem Grade gilt dies für Egypten, wofelbst die Cholera seit 1865 nicht mehr geherrscht hat.“

Herr Fauvel folgert aus seinen Betrachtungen die Nothwendigkeit, alle Anstrengungen gegen die Wiederkehr einer Krankheit zu verdoppeln, die mit jedem Jahre der Immunität gewissermaßen furchtbarer wird. Es kommt viel darauf an, daß die sanitären Interessen Europa's nicht Handelsinteressen geopfert werden, wie groß dieselben auch sein mögen. Ist doch eine Invasion der Cholera in Europa eine Plage, mit der nichts auf der anderen Seite des Gleichgewichts zu halten vermag.

— Wer jetzt das Innere von Böhmen durchreist, glaubt schwerlich, sich in einem Lande zu befinden, welches noch bis 1866 zu Deutschland gerechnet wurde, so wird der „Köln. Ztg.“ aus Böhmen berichtet, solche ungemeine große Fortschritte hat die Verdrängung alles Deutschthums durch das tschechische Element in dem letzten Jahrzehnt hier gemacht. Man hört fast nur tschechisch sprechen, sieht nur tschechische Inschriften, kaum daß die unteren Branten der zentralböhmischen Eisenbahnen sich vertheilen, deutschen Reisenden auch eine deutsche Antwort zu geben, obgleich sie von früheren Zeiten her fast sämmtlich noch so ziemlich der deutschen Sprache mächtig sind. Die Schule und die Sprache der Behörden, alles wird jetzt mit größter Hast und Anwendung aller nur möglichen Mittel fast gewaltsam tschechisiert und besonders nach ihren jüngsten Erfolgen lenkt der Uebermuth der tschechischen Partei kaum noch eine Geringe. Die Tschechen glauben sich gegen die verhassten Deutschen fast alles erlauben zu können. Gebt die Tschechisierung Böhmens so fort, wie sie jetzt begonnen hat, so läßt sich fast der Zeitpunkt berechnen, wo dieses Land ein vollständiges slavisches Reich, welches mit dem übrigen Oesterreich kaum noch durch eine lockere Personalunion verbunden ist, bilden wird.

Genilleton.

Zwei bisher unveröffentlichte Briefe Luthers.

Zwei bisher unveröffentlichte Briefe Luthers, welche nach mehr als einer Seite hin charakteristisch und interessant sind, werden der „Tgl. Adsch.“ beifolgende Publikation von befreundeter Seite zur Verfügung gestellt. Luther trat von Wittenberg aus in ein intimeres Verhältnis zu dem anhaltischen Fürstenhauke, Langsam, aber stetig vollzog sich in den Staaten dieser Fürsten das Werk der Reformation, und namentlich war es Fürst Joachim, den bald enge Beziehungen mit dem gewaltigen Augustinernomus verknüpften. Fürst Joachim aber war etwas zurückhaltend und unentschlossen, und es bedurfte da ansehnend öfters des tröstenden und ermutigenden Zuspruchs seitens Luthers dem Fürsten gegenüber. Dies geschah meist brieflich, und ein solches Schreiben ist uns in Folgendem erhalten. Es lautet in originalgetreuer Kopie:

„Dem durchlauchtigen Fürsten u d. Herrn, Herrn Joachim Fürsten zu Anhalt grauen zu Anhalt und Herrn zu Brandenburg meinem gnedigen Herrn.

„Gnad und Friede von Christo. Durchlauchtiger Fürst, gnediger Herr, wie wol ich nicht besonders an E. G. zu schreiben habe. Weil aber doch

der gute man ewr f. g. Prediger, Mag. Nicolaus Hausmann ymer anheißt, wil mirs geburen nicht zu unterlassen. Denn er begirrig ist E. G. zu stercken ym furgenomemen werd. Denn es ist auch not, obs wol gros ist. So ist aber der noch vnglich grosser der uns hiezu beruffen hat durch sein heiliges wort vnd dazu ymer anheißt vnd treibt mit vnnerrlichem trost. Derhalben wir vns ia rhyumen vnd brusten mugen, das wir nicht vnser ding, noch vnser wort, handeln vnd treiben, wie S. Paulus auch sich rhyumet zu den Romern Das er Gots sachen treibe. Denn solch beruff vnd fodern (fordern) von Gott ist vnser bester trost. Christus war auch zu erst ein seufftorn, kleiner denn kein Kol samen, aber ward zu legt ein pusch, das auch die vogel auff seinen zweigen sitzen konten. Das ist alles geschehen, da der geringe Christus so gros ist worden, das auch grosse Kaiser, Könige und Fürsten in seinen versammlungen vnd gliedern sich setzen vnd bleiben. Der selb Christus, lebt vnd regiert auch noch, vnd heisset sein titel Schebbimani, hoc est Sede a derotris meis vnd iuret ym sein Stegreif gegraben, ponam inimicos tuos scabellum pedum tuorum, vnd oben auff seinem diadem, Tu es sacerdos internum Dem selben Herrn, der ym schwachheit allmchtig vnd in torheit allein weise ist, befehl ich E. G. sampt E. G. allen anten meinen gnedigen Fürsten Herrn Amen F. 5 nach Viti 1533

E. G.

Williger D.
Martinus Luther.

Ein andermal erhielt derselbe Fürst, als er längere Zeit trankelte und darüber in Schwermuth gefallen war, folgenden Brief von Luther:

„Gnad und Friede in Christo. Durchlauchtiger F. G. Herr, Mir hat Magister R. angezeigt, wie E. F. G. etwas schwach gewesen, Aber doch nu, Gott lob, wiederum zu passen worden.

Mir sellet ater oftmals ein, wie E. F. G. gangen Stam jast ein eingezogen, sil, oblich wesen gewist, das ich zuzeiten denke. Es mögic auch wol die Melancholia und schwere gemute oft versucht sein, zu solchen schwachheiten.

Darum wolt ich E. F. G. als einen jungen Man, lieber vermanen, jmer frölich zu sein, zu reiten jagen vnd ander gute geselschaft sich fleisigen, die sich Götlich vnd ehlich, mit E. F. G. freuen können, denn es ist doch ja die einsamkeit oder schwermut, allen Menschen eitil gift vnd tod, sonderlich einem jungen Menschen.

Es auch Gott geboten, das man solle frölich für im sein, vnd wil kein trawriges Opfer haben, wie das im Mose oft geschrieben steht. Und Ecclesiastes jagt Cap. 9. Freu dich Jüngling in deiner jugent, vnd las dein herz gut ding sein. Es glaubt niemand was schaden es thut einem jungen Menschen, freude wehren, vnd zur Einsamkeit oder Schwermut weilen.

E. F. G. haben Magister R. vnd andere mehr, mit denen seien sie frölich, denn freude vnd guter mut (in ehren vnd züchten) ist die beste Erney eines jungen Menschen, ja aller Menschen.

Ich, der ich mein leben mit trawren und jamersehen hab zubracht, suchte ist vnd zeme freude an, wo ich kan. Ist doch ist Gott lob, so viel erkenntnis, das wir mit gutem gewissen können frölich sein, vnd mit Danfsagung sei er Gaben brauchen, dazu er sie geschaffen, vnd wolgefallen dran hat.

Ob ichs nicht troffen, vnd hie mit E. F. G. vnrecht gethan, wollen E. F. G. mir den seil verzeihen gnediglich. Denn ich fürwar denke, E. F. G. möchten zu böß sein, frölich sich halten, als wer es fünde. Wie mir oft geschehen, vnd noch wo zu weilen geschicht.

War ichs, freude in sünden ist der Teufel, aber freude mit guten fromen lauten in (Gottesfurcht) zucht vnd ehren, ob gleich ein wort oder jödtin zu viel ist, gefallet Gott wol.

E. F. G. seien nur jmer frölich, beide inwendig in Christo selbs, vnd auswendig in seinen Gaben und Gütern. Er wils so haben, ist drumb da, vnd gibt darumb vns seine Güter, sie zu brauchen, das wir sollen frölich sein, vnd sie loben, lieben vnd danken immer vnd ewiglich.

Schwermut vnd Melancholia, wird das Alter vnd andere Sade, selbs wol oberflüssig bringen. Christus forget für vns, vnd wil vns nicht lassen, dem befehl ich E. F. G. ewiglich, Amen. Am Freitag nach Johannis baptiste 1534.

— Im Wiener Gemeinderath hat die Nach-
richt große Beunruhigung hervorgerufen, daß der
Kaiser sich bereit erklärt habe, die Deputation zu
empfangen, welche dem Monarchen eine Vorstellung
über die der Stadt Lemberg aus der Dezentralisa-
tion der Eisenbahnen erwachsenden Vorthelle dar-
legen will. Von Seiten einiger Gemeinderäthe soll
nun in der nächsten Sitzung des Wiener Gemein-
derathes der Antrag eingebracht werden, den Bürgermei-
ster mit einer Deputation zu beauftragen, dem Kaiser
eine Adresse zu überreichen, in welcher um die Wäh-
rung der stark bedrohten Interessen der Stadt Wien
gebeten wird.

— Gegen die Polen wird unter den Alt-
russen wieder einmal lebhaft agitiert. Ein Bericht-
blätter der Kalkoff'schen Zeitung erzählt, wie der „Köln.
Ztg.“ aus St. Petersburg berichtet wird, in einem
Warschauer Briefe, es sei unzuweifelhaft, daß in
Warschau eine geheime Gesellschaft ihre Thätigkeit
entfalte. Augenblicklich beschäfftige sich dieselbe noch
mit der Organisation der Waffen; wenn indessen
die russischen Behörden noch immer die Augen ge-
schlossen hielten, dann müßte es wieder so kommen
wie 1863. Unter den Studenten hat sich ein Kom-
itee gebildet, welches das „Komitee der Volksauf-
klärung“ heißt und dessen Thätigkeit darin besteht,
in dem Volke Bücher und Schriften patriotischen
Inhalts zu verbreiten. Schon jetzt gelangen Ringe
zur Vertheilung, in welche die geheimnißvolle Ziffer
„1885“ eingraviert ist; diese Ringe sollen vermuth-
lich darauf hindeuten, daß bis 1885 alle Vorbe-
reitungen zum Losschlagen beendet sein müssen.
Die „Moskauer Zeitung“ berichtet ferner über
mehrfache Beleidigungen, denen höhere Offiziere aus-
gesetzt worden sind. Einen General ließ man in
Warschau vom Trottoir hinab in den Rinnstein;
russische Frauen wurden geschmäht und dabei kam
es zu Thätlichkeiten zwischen einem Offizier und der
Menge, welche schließlich durch Polizei zerstreut
wurde. Ein Boy wurde von der polnischen Schul-
jugend verhöhnt und angepöbeln u. s. w. Nach
demselben Bericht sind die Unruhen in der War-
schauer Universität durchaus nicht aus Unversitäts-
gründen, sondern aus solchen allgemeiner Unzufrie-
denheit entsprungen. Die nicht in Russland erschi-
nenden Blätter sollen vielfach zur Aufregung beige-
tragen haben. Die Studenten wie Schulmänner sind
nach der Behauptung des heftigsten Bericht-
statters nichts anderes als Revolutionäre, welche
nach einem wohlbedachten Plane handelten. Die
panslawistische „Sowremennaja Jewreija“ und die
„Nowoje Wremja“ veröffentlichten gleichfalls Artikel
gegen Polen, wobei es natürlich die „Nowoje
Wremja“ nicht unterlassen kann, auch gegen die in
Polen ansässigen deutschen Kolonisten und Grund-
besitzer zu wühlen.

— Der Gouverneur von Kurland, G. H. Rath
v. Willensfeld, welcher im Schlosse von Mitau resi-
dirt, hat vor Kurzem in einer öffentlichen Bekannt-
machung an die ihm unterstellten Behörden auf die
staatsgefährlichen Umtriebe der letzten Vereine hin-
gewiesen und die Streichung seines Namens als
Gremmitglied aus den Listen dieser Vereine ver-
langt. Darauf haben die kaiserliche an den Bran-
ger Gesellen die Inbrandsetzung des Mitauer
Schlosses geplant und diesen Plan auch in Aus-
führung gebracht; glücklich wurde das Feuer
noch entdeckt, ehe es sein Zerstörungswerk beginnen
konnte. Man entdeckte, daß gleichzeitig in dem
Archiv-, Kanzlei- und Sitzungszimmer des im
Schlosse befindlichen Oberhauptmannsgerichts die
Akten zu großen Bündeln neben den hölzernen
Schränken zusammengestrichen und darauf angezündet
worden waren. Da sich aber aus dem brennenden
Papier ein starker Rauch entwickelte, welcher durch
die von dem Brandstifter geöffneten Fenster entwich,
so wurden der Schloßherrscher und noch mehrere
Personen auf die Gefahr aufmerksam und es ge-
lang, dieselbe im Keime zu ersticken. Wie die
„Mitauer Ztg.“ mittheilt, ist am 14. Juni aus
der Schweiz ein Warnbrief angefertigt worden, wel-
cher unter anderem auf eine vom Schlosse drohende
Gefahr aufmerksam macht und den Rath ertheilt,
außerordentliche Maßregeln zum Schutze desselben zu
ergreifen. Dieser Brief war am Tage der Brand-
stiftung bereits unterwegs und ist in Mitau am
Tage nach derselben zur Ausgabe gelangt. Es wird
dies als Beweis dafür bezeichnet, daß zwischen den
demagogischen Tendenzen in den baltischen Provin-
zen und den nihilistischen, die ihren Sitz und Mit-
telpunkt in der Schweiz haben, ein enger Zusam-
menhang besteht.

— Die Hoffnung, mit Spanien in Betreff
des Handelsvertrages zu einer Verständigung zu ge-
langen, hat die Regierung, wie dem „B. L.“ ge-
schrieben wird, vorläufig ganz aufgegeben. In Krei-
sen, die ihr nahe stehen, wird die Sachlage wie
folgt dargestellt: Auf die Einwendungen, welche die
spanische Regierung noch im letzten Momente vor
dem erwarteten Vertragsabschlusse machte, hatte die
Reichsregierung durch eine vom deutschen Botschaften
Grafen Solms-Sonnenwalde am 6. Mai zu Ma-
drid überreichte Note geantwortet. Unter ausführ-
lichen statistischen Zusammenstellungen war darin vor
Allem dargelegt, daß man deutscherseits auf die von
Spanien verlangte Herabsetzung des Zolles auf
Wein in Fässern nicht eingehen könne, weil eine
solche den italienischen und besonders den französi-
schen Weinen auf Grund der bestehenden Vertrags-
verhältnisse mehr zu Gute kommen würde, als den
spanischen; dadurch entstände aber für das Reich
ein zu großer finanzieller Nachtheil. Die umfang-
reiche Note ist bis heute, obwohl ziemlich drei Wo-
chen darüber verfloßen sind, noch nicht beantwortet
worden; ein ziemlich sicheres Zeichen, daß die Ma-
drider Regierung ihre früheren Gesinnungen nicht
geändert hat. An untergeordneter Stelle nimmt man

an, der spanische Ressortminister sehe den Abschluß
eines Handelsvertrages mit Deutschland als für
Spanien nicht vorthellhaft genug an, und hat dem-
nach alle Hoffnungen für einen günstigen Fortgang
aufgegeben.

Wesel, 26. Juni. Heute Vormittag ereignete
sich bei der hier auf dem Schießplatz Friedrichsfeld
zur Schießübung vereinigten 7. Feld-Artillerie-Brigade
ein schwerer Unglücksfall, über welchen das
„D. Tgl.“ folgende Einzelheiten berichtet: Bei
dem Schießen einer kombinierten Batterie des 1. west-
fälischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 7 kreipirte
eine Granate — auf bisher unerkannte Weise —
in dem Moment, als sie in das Rohr eingeseßt
wurde. Die Verwüstung war eine gräßliche. Ein
Mann lag sofort todt; ihm war der Boden der
Granate mitten durch die Brust geschlagen. Ein
Mann ist schwer verwundet, von denen einer durch
die im Kartuschkasten explodirenden Kartuschen schwer-
Brandwunden erlitt; während einem anderen halb
nach der Katastrophe der rechte Arm amputiert wer-
den mußte. Von den in der Batterie beschäfftigten
Offizieren ist wunderbarer Weise niemand verwundet,
während der zufällig in der Batterie anwesende
Hauptmann G. eine leichte Kontusion am rechten
Arm davontrug.

Ausland.

Paris, 27. Juni. Auch die neueste Unter-
redung des Redakteurs des „Temps“ mit dem ge-
neßlichen Geschäftsträger bestätigt, daß China zu
allen Konzessionen bereit ist und Frankreich kom-
merziellen und industriellen Unternehmungen in Ton-
kin keinerlei Hindernisse zu bereiten gedenkt, falls
Frankreich die zwar historische doch nur rein nomi-
nelle Suzeränität Chinas über Anam anerkennt.
Der Geschäftsträger äußerte, daß die chinesische Re-
gierung Anom als eine Art von schützenden Puffer
zwischen China und Frankreich aufrecht zu erhalten
wünsche.

Paris, 27. Juni. Der interimsische Mi-
nister des Aeußern, Jules Ferry, empfing heute
zahlreiche Diplomaten, darunter die Botschafter
Deutschlands, Englands und der Türkei, mit denen
er längere Zeit konferierte. Wie ich höre, melden
die französischen Konsula in Egypten, daß bis jetzt
die Cholera weniger bösartig auftritt, als im vo-
rigen Jahre während der Unterdrückung des Auf-
standes durch die Engländer. Die Nachricht vom
Ausbrechen der Epidemie wurde hier hauptsächlich
an der Börse von der Kontremte für Suez-Alien
und Egypten und zwar mit großem Erfolge ver-
werthet.

Provinzielles.

Stettin, 29. Juni. Die gestrige Sitzung
der Stadtverordneten war die letzte vor den Ferien;
in derselben wurde zunächst Herr Kaufmann Ka-
jelaow zum Schiedsmann für den 10. Bezirk wie-
dergewählt. Demnach reist Herr Hofrichter
über die Vorlage des Magistrats, betreffend die Ein-
mischung des Entwurfs eines revidierten Ortsstatuts
für den Gemeinde-Bezirk Stettin, betreffend die An-
legung und Veränderung von Straßen und Plätzen.
Die Vorlage hat ihren Ursprung aus den Debat-
ten, die in der Sitzung vom 27. Februar d. J. in
der Versammlung geführt wurden. Es war da-
mals Streit entstanden wegen der Heranziehung der
Anlieger zu den Kosten der Gasbeleuchtungs-An-
lage. Das Orts-Statut vom 26. November be-
tr. 18. Dezember 1876 enthält nur Bestimmungen
wegen dem Beitrag zu den Kosten der Petroleum-
Beleuchtung und ist in dem neuen Entwurf zunächst
bestimmt, daß die Abwajanten zu den Kosten der
Gasbeleuchtungs-Anlagen mit herangezogen werden
können. Außerdem sind noch einige Mängel, die
sich im Laufe der Zeit herausgestellt, verändert resp.
verbessert. Besondere Erwähnung verdient hierbei
der neue § 7; derselbe lautet: „Ist das Straßen-
land zum Theil unentgeltlich von angrenzenden
Grundstücken abgetrennt worden, so wird hinfür
Feststellung des auf die einzelnen angrenzenden
Grundstücke entfallenden Anteils an den Grund-
erwerbskosten das unentgeltlich abgetretene Terrain
mit dem vom Magistrat unter Berücksichtigung des
Preises des entgeltlich erworbenen Terrains fest-
gestellten Werthe bei der Ermittlung der Gesammt-
kosten in Rechnung gestellt, demnach aber den
jenigen Eigentümern auf ihren Beitrag zu den
Gesamtkosten in Abzug gebracht, von deren
Grundstücken das Straßenland unentgeltlich abgetre-
ten ist.“ Hier beantragt der Referent, statt „Ge-
samtkosten“ zu setzen „gesammte Grunderwerbs-
kosten“, da dies verständlicher sei, außerdem wurden
bei der Verathung der einzelnen Paragraphen so
viele redaktionelle Änderungen vorgeschlagen, daß
Herr Dr. Dohren beantragte, in der nächsten Ple-
nar-Sitzung eine zweite Lesung des Entwurfs vor-
zunehmen; dieser Antrag wurde von Herrn Gra-
mann unterstützt, während Herr Oberbürgermeister
Haken dagegen das Wort ergreift und bittet die
Angelegenheit nicht weiter hinauszuschieben. Der
Antrag wird schließlich abgelehnt, und das Statut
nach dem Entwurf des Magistrats noch längerer
Debatte mit wenigen redaktionellen Änderungen an-
genommen.

Bis zum 1. April 1875 erhielten die Stadt-
werkleute für eine Feuerkadentare eine Vergü-
tung von 6 Mk., für eine Brandkadentare nichts.
Auf Antrag derselben wurde ihnen vom Jahre
1875 ab auch für eine Brandkadentare je nach
Größe des Schadens eine Vergütung gewährt,
doch haben sich dabei wiederholt Unzuträglichkeiten
herausgestellt und beantragt daher jetzt die Feuer-
sozialitäts-Deputation für jede Tare bei Brandschä-
den über 5000 Mk. den Stadtwerkleuten eine Ent-
schädigung von 80 Mk. zu gewähren. Damit er-
scheint die Verammlung einverstanden.

Vom Magistrat ist folgender Antrag einge-
gangen: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle
bewilligen 1) vom 1. April 1884 ab die Durch-
führung des Wohnungsgeldzuschusses für die Direk-
toren, Oberlehrer und ordentlichen Lehrer nach dem
Gesetz vom 12. Mai 1873 mit der Beschränkung,
daß diejenigen Direktoren, Oberlehrer und ordent-
lichen Lehrer, welche volutionsmäßig auf ein höheres
Einkommen Anspruch haben, dasselbe für die Dauer
ihres Amtes oder bis zu einer Verbesserung ihrer
Stelle behalten; 2) vom 1. Oktober cr. ab wird
die Stelle des zu pensionirenden Lehrers Wulkow
an der Friedrich-Wilhelm-Schule in eine etats-
mäßige ordentliche Lehrerstelle umgewandelt und der
Zuschuß mit 620 Mk. 50 Pf. von da ab bewil-
ligt; 3) vom 1. April 1884 erhalten das Stadt-
Gymnasium und das Realgymnasium durch Um-
wandlung einer etatsmäßigen wissenschaftlichen Hilfs-
lehrerstelle je eine ordentliche Lehrerstelle mehr; 4)
die Hilfslehrerstellen an dem Stadt-Gymnasium,
welche Dr. Heidenhain, Schridde und Schwope be-
sitzen, hören mit dem 1. April 1884 auf; 5) das
Schulgeld an den beiden Realgymnasien wird für
die Schüler von III. bis I. von 100 Mk. auf 120
Mk. jährlich erhöht.“ Die Vorlage veranlaßt einer
Anregung des Herrn Direktor Lemke, welcher
für die städtischen Direktoren und Lehrer dieselben
Rechte wünschte, welche die im künftigen Dienst an-
gestellten genießen. Dieser Anschauung hat sich auch
der Magistrat nicht verschließen können, trotzdem der
Stadt durch die Annahme der Anträge ad 1-4
ein nicht unerheblicher Mehrzuschuß erwachsen wird.
Um diesen Zuschuß zu decken, ist der Antrag 5 ein-
gebracht. Nach einem sehr ausführlichen Referat
des Herrn Sauer entfällt sich eine kurze De-
batte, bei welcher sich Herr Graßmann gegen
Erhöhung des Schulgeldes ausspricht, falls in an-
deren Städten das Schulgeld niedriger ist als in
Stettin; im Uebrigen wird gegen die ganze Vor-
lage kein Widerspruch erhoben und dieselbe von der
Versammlung angenommen und zwar mit dem Zu-
satz, daß die Erhöhung des Schulgeldes vom 1.
April 1884 ab eintreten soll. — Die übrigen Vor-
lagen betrafen Bewilligungen, die ohne Debatte dem
Antrage des Magistrats und der Finanz-Kommission
gemäß genehmigt wurden.

Landgericht. Strafkammer I.
Sitzung vom 28. Juni. Eine Anklage wegen ver-
suchten Betrugs verdient dadurch Interesse, daß sich
ein Beamter, der Schaffner August G., dieses Ver-
gehens schuldig gemacht haben sollte. Derselbe ist
auf der Berlin-Stettiner Eisenbahn angestellt und
hat die Wagen auf der Strecke Swinemünde-
Ducherow zu kontrolliren, in Ducherow tritt ein
Wechsel des Zugpersonals ein, weil dort der Zug
mit demjenigen, der die Strecke Stralsund-Berlin
fährt, vereinigt wird. Am 8. September v. J.
übernahm in Ducherow der Schaffner G. die bis
dorthin von G. geführten Waggonen und fand in
einem Kupee, daß bei 5 Passagieren deren Saison-
billets nicht abgestempelt waren, und G. soll mit
Bewußt auf diese Billets zu L. gefälscht haben, er
sollte den Passagieren dieselben vor Berlin abnehmen
und an G. zurückgeben, er wurde dafür pro Stück
1 Mark vergütet. Durch die Beweisaufnahme
gewann jedoch der Gerichtshof nicht die Überzeu-
gung, daß der Angeklagte bei der Fälschung
Swinemünde-Ducherow die Abstempe lung der Billets
zu dem Zwecke unterlassen habe, um sie später noch
einmal zu benutzen, und wurde deshalb auf Frei-
sprechung erkannt.

Wegen eines Mädchens kam es im vorigen
Jahre in einem Tanzlokal zu Greifenhagen zwischen
dem Schneidergesellen Grünberg und dem
Schuhmacher K. zu einem Streit, der auf der
Straße fortgesetzt wurde, bis Grünberg ein Messer
zog und einen Stoß nach K. führte. Dem Letzteren
wurden hierdurch die Garderobenstücke zerschneitten,
eine Verletzung am Körper trug er jedoch nicht da-
von. Trotzdem wurde, als der Fall zur Kenntniß
der Behörde kam, von der königlichen Staatsan-
waltschaft Anklage wegen Körperverletzung erhoben.
Die Strafkammer des Landgerichts lehnte jedoch die
Einleitung des Verfahrens ab. Auf die von der
königl. Staatsanwaltschaft dagegen erhobene Be-
schwerde beschloß das königl. Oberlandesgericht, die
Anklage wegen Körperverletzung zu erheben, da
durch den Stoß bei K. zwar keine äußerlich sicht-
bare Verletzung, sicher aber ein körperliches Unbe-
hagen herbeigeführt worden sei und dies genüge
nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, um eine
Verurteilung wegen Körperverletzung erfolgen zu
lassen, und so hatte Grünberg heute deshalb die
Anklagebank zu betreten. Der Gerichtshof erkannte
jedoch auf Freisprechung, da durch die Beweisauf-
nahme nicht erwiesen wurde, daß G. den Vorstoß
gehabt, den K. zu verletzen.

Dem Maurer Aug. Duschow aus Meiers-
berg traf eine Gefängnißstrafe von 4 Monaten,
weil er am 30. Juli vorigen Jahres auf der
Landstraße zu Meiersberg den Bauerpöbelherrscher
Wolff nicht unerheblich gemißhandelt hatte und der
Arbeiter Karl Aug. Benkenhoff zu Remig
wurde zu 9 Monaten 1 Woche Gefängniß verur-
theilt, weil er am 8. Januar d. J. die Geschäfts-
räume des Kaufmanns Schach in Unter-Beedow, in
denen er ohne Befugniß verweilt, nach mehrmaliger
Aufforderung nicht verließ und demnach auf der
Straße einen Formier mit einem Kugelhieb wie-
derholt schlug.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Elysiumtheater:
„Der Student.“ Große Operette in 3 Akten.
Bellevue: „Festspiel.“ Schwan in 3 Akten.
Zum Schluß: „Die Fata Morgana.“
Großes phantastisches Ballet in 2 Aufzügen.

Bermischtes.

Kassel, 26. Juni. Eine internationale
Schwindlerin stand hier wegen Betrugs und Dieb-
stahls angeklagt vor Gericht. Es ist die Anna Ka-
roline Juliane Wasmuth aus Stettin, die
mit dem Zirkusleiter Leopold Pfeiffer aus Schlan-
genbad, von Betrug und Schwindel lebend, in der
letzten Zeit fast alle größeren Städte des Konti-
nents heimlich suchte. Das Pärchen wußte sich ein
bistiquiertes Ansehen zu geben, logirte stets in den
Gasthäusern ersten Ranges, lebte mehrere Tage in
Herrlichkeit und Freuden, machte eine große Reize
und verbrachte dann plötzlich in Nacht und Nebel.
So haben sie außer Deutschland und Oesterreich
namentlich Rußland, Italien, Belgien und Frank-
reich bereist und manchen Hotelier um eine ansehn-
liche Reize geprellt. Pfeiffer ging so raffiniert zu
Werke, daß die Polizei längere Zeit vergeblich auf
ihn jachdete. Im Januar d. J. kam das Hoch-
staplerpärchen auch nach Kassel und operirte in der
gewohnten Weise. Als die Reize in dem hiesigen
Gasthause etwa 100 Mark erreicht hatte, stahl die
Wasmuth des Nachts dem Hausmädchen verschie-
dene Wäschegegenstände und baarcs Geld — und
das Pärchen verschwand unter dem schützenden Dun-
kel der Nacht unbemerkt aus dem Gasthause. Von
hier aus ging es über Frankfurt, die größeren süd-
deutschen Städte in die Schweiz. Nach einiger
Zeit wurde das Pärchen durch einen Zufall in Zü-
rich ermittelt und verhaftet. Nach Verbüßung einer
bort zuerkannten Gefängnißstrafe wurde nun sowohl
Pfeiffer, als seine Gekerkte Wasmuth per Schuß
in Begleitung mehrerer Sicherheitsbeamten nach
Deutschland transportirt. Auf der Höhe des
Schwarzwaldes, wo der Zug etwas langsamer fuhr,
sprang Pfeiffer in einem unbewachten Augenblicke
aus dem Kupee, nahm dabei keinen Schaden und
war im Dickicht verschwunden. Die Polizeibeamten
ließen den Zug zwar sofort halten und verfolgten
den Durchgänger, allein vergeblich — er ward nicht
mehr gesehen. Die späteren Recherchen sollen mit
großer Wahrscheinlichkeit ergeben haben, daß Pfeiffer
nach Westindien entkommen ist. Gegen die Wasmuth
müßte nun hier allein verhandelt werden.
Dieselbe wählte die ganze Verantwortlichkeit für die
Zerschmetterten auf Pfeiffer ab, welche Schutzhaupt-
ungen in dem Kasseler Falle nicht widerlegt zu
werden vermochten. So erachtete das Gericht sie
nur des Diebstahls für überführt und verurtheilte
sie zu einer Gefängnißstrafe von fünf Wochen. Der
spurlos verschwundene Pfeiffer steht übrigens bri-
läufig bemerkt in dem dringenden Verdachte, meh-
rere schwere Gold- und Silberstücke verlohrt zu
haben.

Telegraphische Depeschen.

Ums, 28. Juni. Der Kaiser nahm gestern
Mittag den Vortrag des Grafen, Wlsl. Sch.
Legationerraths v. Bülow, entgegen. An dem Diner
nahmen u. A. Theil: Die verwitwete Großherzogin
Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin und deren
Gefolge, die Fürstin von Solms-Braunfels,
Gräfin Bentendorff, Major v. d. G. v. d. G., sowie
der Botschafter, Kammer- u. Legel. Wenig
wählte der Kaiser der Theater- u. Hofgesellschaft
nachdem später den Thee in der Hofkapelle mit seiner
Schwester ein. Heute nahm der Kaiser,
ausg. von der Hofkapelle, die Vorzüge
des Hofes. Graf v. Bismarck, sowie des
Chefs des Zivil-Salons, Wlsl. Sch. v. d. G.,
Wilmowski, entgegen und geleitete um 10 1/2 Uhr
die Großherzogin zum Bahnhof.

Wien, 20. Juni. Das „Amtsblatt“ ver-
öffentlicht eine kaiserliche Verordnung vom 25. d.,
nach welcher das Gesetz über die Ausnahmegerichte
in Dalmatien bis Ende 1883 in Kraft bleiben
soll; gleichzeitig werden die Ausführungsbestimmun-
gen der Ministerien des Innern, der Justiz und der
Landesvertheilung zu dieser Verordnung veröffent-
licht. Das „Amtsblatt“ publiziert ferner die zwil-
schen Deutschland und Oesterreich getroffene Ueber-
einkunft, betreffend die gegenseitige Zulassung an der
Grenze wohnhafter Medizinalpersonen.

Nizsnyhaza, 28. Juni. Diea Czarler Pro-
zeß. Der erste heute vernommene Zeuge ist ein
gegenwärtig in Arad seiner Militärpflicht genügender
Bursche, der Czar auf ihrem letzten Gange gegen
Mittag gesehen hat. Seine Aussage ist be-
langlos. Bei dem Verhör des nächsten Zeugen,
eines Israeliten, verwahrt sich Verteidiger Eddos
gegen das Benehmen des Publikums, welches die
Verlaßungszeugen ermuntere und die Entlastungs-
zeugen einschüchtere. Der Präsident konstatiert, daß
das unliebsame Benehmen der Zuhörer diese unliebsa-
men Reklamationen rechtfertigt und ihm die Amts-
führung erschwere; er rücht deshalb nochmals eine
Ermahnung an das Publikum. Der Zeuge Werthei-
mer hat den Angeklagten kühn nach dem Gottes-
dienste, nach Hause gehend, gesehen. Sodann wird
der gewesene Lehrer des Moritz Schar vernommen.

Alexandrien 28. Juni. (Telegramm des
„Reuter'schen Bureaus“.) Innerhalb der letzten 24
Stunden sind in Damiette 113 Personen an der
Cholera gestorben. Aus Mansarab sind während
der letzten drei Tage 7 Cholerafälle berichtet, von
denen 4 tödtlich endeten. Einen Todesfall in Tan-
ta schreibt man gleichfalls der Cholera zu. Da
die Krankheit sich seit gestern auch in Port Said
gezeigt hat, ist es allen nach Suez gehenden Schif-
fen verboten worden, mit den Stationen des Ka-
nals zu verkehren.

Kalkutta, 28. Juni. Eine von der indischen
Regierung an den Emir von Afghanistan abgesan-
te Munitionskolonie ist von den Grenzstämmen der
Schinwaris und Afridis angegriffen worden und
nach einem heftigen Kampfe in die Hände derselben
gefallen.